

## Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig

### Umzug und aktueller Stand aus der Perspektive des Oberbürgermeisters Burkhard Jung

*Abstract: Anlässlich der Jubiläumsausgabe zum 70. Geburtstag des Bundesverwaltungsgerichts interviewten wir den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung. Er teilte mit uns seine Perspektive auf das Gericht und die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland. Das Interview wurde nachträglich mit Fußnoten versehen, um Hintergrundinformationen und Verweise aufzunehmen.*

---

**LLJ: Sehr geehrter Herr Jung, Sie haben selbst immer wieder Berührung mit dem Bundesverwaltungsgericht, zuletzt zur Amtseinführung des Präsidenten und der Vizepräsidentin. Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht das Bundesverwaltungsgericht für die Stadt Leipzig, die Sie 2006 in einer Rede als „Stadt des Rechts“<sup>1</sup> bezeichnet haben?**

Jung: Durch den Umzug des Bundesverwaltungsgerichts nach Leipzig im Jahre 2002 konnte Leipzig an seine lange Tradition der Rechtsprechung und Lehre des Rechts anknüpfen. In der Tat war Leipzig vor der deutschen Teilung eine wesentliche Stadt des Rechts, in der das Reichsgericht beheimatet war. Es war damals eine wichtige Entscheidung des Bundes für den Umzug des Gerichts nach Leipzig. Darüber hinaus beheimatet Leipzig seit 1997 einen, seit Februar 2020 zwei Strafsenate des BGH.<sup>2</sup> So wurde an Leipzig als Stadt des Rechts vor der nationalsozialistischen Diktatur und der deutschen Teilung angeknüpft. Es bereichert natürlich Leipzig im Hinblick auf Arbeitsplätze und die Lehre an der Universität. Außerdem erzeugt das Bundesverwaltungsgericht auch einen gewissen Marketingeffekt für die Stadt.

**LLJ: In der Zeit, als das Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig umzog (1997-2002) waren Sie zum Teil schon Beigeordneter. Wie haben Sie diese Zeit erlebt? Welche Herausforderungen trafen die Stadt?**

Jung: Wir haben uns wahnsinnig gefreut. Ich bin 1999 als Beigeordneter angetreten und wurde vom damaligen Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee<sup>3</sup> nach Berlin geschickt, um

---

<sup>1</sup> Rede des Oberbürgermeisters Burkhard Jung anlässlich seiner Verpflichtung und Vereidigung im Stadtrat am 17.05.2006, zuletzt abgerufen am 23.07.2023.

<sup>2</sup> Hintergrund ist die sog. „Rutschklausel“, die Teil der vom Bundestag angenommenen Vorschläge der Unabhängigen Föderalismuskommission für eine ausgeglichene Verteilung von Bundesbehörden war. Demnach soll für jeden neu eingerichteten Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe ein bestehender Strafsenat nach Leipzig „rutschen“ (vgl. BT-Drs. 12/2853, S. 3). Gleichwohl war umstritten, ob der neu eingerichtete 6. Strafsenat dies auch erfüllt oder ob durch die Neueinrichtung des XIII. Zivilsenats eigentlich ein schon bestehender Strafsenat zusätzlich nach Leipzig hätte verlegt werden müssen (vgl. BT-Drs. 19/6271; BT-Drs. 19/6672).

<sup>3</sup> 1998-2005 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, SPD.

dort für den Umzug nach Leipzig zu werben. Es bestanden große Vorbehalte, insbesondere die Sorge, dass das Gericht aus der großen Weltstadt Berlin in die vermeintliche Provinz zieht. Ich habe dann vor den Mitarbeitenden des Bundesverwaltungsgerichts ein glühendes Plädoyer für die Stadt Leipzig gehalten. Danach habe ich mir Zeit für Fragen genommen. Die Fragen – das darf ich heute durchaus auch mit einem Augenzwinkern sagen – waren nicht ohne Klischees, Vorurteile und Sorgen, da rieb man sich verwundert die Augen. Eine Frage ist mir besonders im Gedächtnis geblieben: „Gibt es denn genügend Wohnungen mit I-WCs?“<sup>4</sup>. Ich wurde also gefragt, ob genügend innenliegende WCs in Leipzig vorhanden seien. In Berlin waren damals durchaus auch noch A-WCs üblich, in Leipzig war die Toilette auf halber Treppe schon nicht mehr üblich. Ein anderes Beispiel: „Herr Jung, haben Sie denn auch Fitnessstudios?“ – man hatte wenig Berührung mit dem Osten. Wir glaubten zu der Zeit, dass wir schon exzellent an die internationalen Gepflogenheiten angebunden seien, insofern ging es darum zu werben, zu motivieren, nach Leipzig umzuziehen. Das war ein langwieriger Prozess, der im Ergebnis dann aber erfolgreich war. Die Menschen sind nach Leipzig gezogen, haben sich niedergelassen, ihre Familien gegründet. Kurzum: Eine tolle Geschichte. Am Anfang sind viele gependelt, das hat mit der Zeit nachgelassen. Der Gründungspräsident des Bundesverwaltungsgerichts Eckart Hien<sup>4</sup> ist ein glühender Verehrer Leipzigs geworden, ebenso haben sich seine Nachfolger und seine Nachfolgerin gut hier eingelebt und sich eingebracht.

**LLJ: Vom Neuen Rathaus aus kann man direkt auf das Bundesverwaltungsgericht blicken. Führt Ihnen das vor Augen, dass Entscheidungen der Stadt Leipzig von der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüft werden? Welches Verhältnis haben Sie als Oberbürgermeister zur Verwaltungsgerichtsbarkeit?**

Jung: Durch Austausch, durch Delegationsbesuche, durch Tagungen, durch Kongresse haben wir einen regelmäßigen Austausch. Ich verfolge aufmerksam Prozesse und Urteile des Gerichts, die von direkter Bedeutung sind für das Verwaltungshandeln einer Stadt. Manchmal mit ganz direktem Bezug zu Leipzig, wenn es beispielsweise um den Flughafen geht.<sup>5</sup> Verwaltungsgerichtsbarkeit, die jedem Einzelnen erlaubt, auch gegen eine staatliche Einschränkung bzw. eine Bescheidung vorzugehen, hat eine hohe Bedeutung für unsere Gesellschaft. Erst durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit wird ein Staat demokratisch. Das wird immer wieder unterschätzt. Zusammenfassend wird unser Handeln dort gespiegelt und es findet ein Austausch statt. Ich meine, wir können auf einem hohen Niveau diskutieren, auch wo es Schief lagen im Hinblick auf die Rechtsprechung in den letzten Jahrzehnten gibt. Die Abwägung von Gemeinwohl und Individualrecht diskutiere ich sehr gerne.

---

<sup>4</sup> 2002–2007 Präsident des Bundesverwaltungsgerichts.

<sup>5</sup> So waren insbesondere die Nachtflugregelungen am Flughafen Leipzig/Halle mehrfach Gegenstand der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (z.B. BVerwGE 127, 95; BVerwGE 131, 316; BVerwGE 155, 81). Auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG, Beschluss v. 15.10.2009 - 1 BvR 3474/08 = NVwZ 2009, 1489) und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR, Entscheidung v. 10.06.2014 - 25330/10 = NVwZ 2015, 1119) befassten sich damit.

**LLJ: Das Bundesverwaltungsgericht wurde 1952 in West-Berlin errichtet, während es in der DDR keine vergleichbare Institution gab. Welchen Stellenwert hat es, dass das Gericht seinen Sitz auf dem ehemaligen Gebiet der DDR hat?**

Jung: In der Tat hatte der einzelne Bürger in der DDR nicht die Möglichkeit, staatliche Entscheidungen formalrechtlich überprüfen zu lassen. Die Menschen haben schnell erkannt, dass heutzutage nicht über Eingaben an das Rathaus reagiert wird, sondern unter Umständen Recht auch vor Gericht erstritten werden kann und auch muss. Das Gericht in Leipzig ist ein gutes und wichtiges Zeichen für die neuen Bundesländer.

**LLJ: Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Stadt Leipzig als Sitz des Bundesverwaltungsgerichts, von welchem wichtige Weichenstellungen der nächsten Jahre aus rechtlicher Sicht beurteilt werden?**

Jung: Ich wünsche mir – natürlich auf dem Boden des Grundgesetzes – eine stärker gemeinwohlorientierte Betrachtung des Verwaltungshandelns. Es geht darum, aus unterschiedlichen Blickwinkeln Umweltrechte, das Nachhaltigkeitsgebot und die Lebensqualität abzuwägen; wir brauchen ein Handeln der Verwaltung nach Recht und Gesetz und ohne Ansehen der Person unter Achtung der Gleichheit vor dem Gesetz und das in einer möglichst klaren Sprache – eine möglichst einfache Kommunikation, die in der Bevölkerung wertgeschätzt wird. Durch den Fachjargon entstehen Schwierigkeiten der Übersetzung. Die Substantivierung unserer Sprache, die Fachtermini, die Herleitung aus den verschiedenen Gesetzlichkeiten – das sind hohe Kommunikationsaufgaben. Ich wünsche mir von Herzen, dass das in der Zukunft noch besser gelingt. Mein zweiter Wunsch ist, dass wir die Chance nutzen, die das Forum Recht, welches in Leipzig entstehen soll, bringt.<sup>6</sup> Durch die Verbindung nach Karlsruhe soll ein Ort geschaffen werden, an dem Recht anfassbar wird, und ein Bundesverwaltungsgericht, eine juristische Fakultät vor Ort den Menschen, Bürgerinnen und Bürger gleich welcher Herkunft verständlich macht, was Rechtsstaat bedeutet, wo Recht beginnt und Gerechtigkeit in Frage steht. Der Bund nimmt zwei Mal 80 Millionen Euro in die Hand und baut zwei Zentren, wo zum Beispiel Kinder und Jugendliche eine Gerichtsverhandlung nachspielen, Recht historisch aufgearbeitet erfahren können und multimediale Vermittlung stattfindet. Es wird spannend, wie es gelingt, das haptisch und erlebbar zu machen. Wir wollen dort ein buntes Treiben, ja einen Bienenstock der Meinungen, damit Recht nicht abstrakt im Elfenbeinturm außerhalb der demokratischen Öffentlichkeit erlebt wird. Das hat auch eine große Teilhabekomponente. Der Vorteil in Leipzig ist, dass wir das Forum kombinieren können mit der juristischen Fakultät, mit dem Neubau auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz. Das Zusammenspiel wird auch Studierenden Synergien ermöglichen und erlauben, ins Gespräch mit Menschen zu kommen über das, was sie studieren, und den sensiblen Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit zu thematisieren. Schlussendlich ist es eine große Zukunftsaufgabe, die

---

<sup>6</sup> Die *Stiftung Forum Recht* wurde als bundesunmittelbare Stiftung durch das „Gesetz zur Errichtung der *Stiftung Forum Recht*“ („Forum-Recht-Gesetz“) vom 13.05.2019 (BGBl. I 2019, S. 731 ff.) gegründet und soll dazu dienen, der Öffentlichkeit den Rechtsstaat näher zu bringen und ihn erlebbar zu machen. Sie hat ihren Sitz in Karlsruhe (§ 1 I ForumRG) und unterhält einen Standort in Leipzig (§ 1 III ForumRG).

Entscheidungen bei Bürgerinnen und Bürgern zu erklären und auch die zu erreichen, die per se skeptisch sind und sich in ihren Blasen mit fremden Meinungen versorgen und Fakten nicht mehr akzeptieren. Es ist eine demokratiestabilisierende Aufgabe, unseren Rechtsstaat auch zu erklären. Und ich finde es spannend zu erleben, dass Recht nicht statisch ist, sondern sich gesellschaftlichen Herausforderungen auch immer anpassen muss. Recht entwickelt sich, stabilisiert aber zur gleichen Zeit.

**LLJ: Die LLJ-Redaktion bedankt sich für das Interview.**

Das Interview wurde von Maximilian Dohrn und Tarik Treichel am 26.04.2023 geführt.